

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Feiertagen morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für drei Monate 2.70 Mk. bei halbjährlicher Zahlung 5.40 Mk. bei jährlicher Zahlung 10.80 Mk. bei halbjährlicher Zahlung 5.40 Mk. bei jährlicher Zahlung 10.80 Mk. bei halbjährlicher Zahlung 5.40 Mk. bei jährlicher Zahlung 10.80 Mk.



Die

# Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 28. Februar 1919

Nummer 107

## Verständigung oder Gewalt?

### Verhandlungen in Aussicht.

Leipzig, 28. Februar. Wie der hiesige A. und S.-Rat mitteilt, sollen heute nachmittags zwischen Vertretern der Reichsleitung und den Streikenden in Halle Verhandlungen beginnen. Der Streik in Thüringen hat sich auf Euhl, Greiz und andere Industrieorte ausgedehnt. In allen vom Streik betroffenen Orten ist das Erscheinen bürgerlicher Zeitungen verboten.

### Die Absichten der Regierung.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus dem Reichswehrministerium erzählt, sieht man der Entloftung der geplanten militärischen Maßnahmen in Mitteldeutschland mit Vorsicht entgegen. Es fanden auch Besprechungen mit Abgeordneten der vom Streik betroffenen Gegenden statt, so am Donnerstag mit dem Abgeordneten Deltus (Demokrat) und Thiele (Mehrheitssozialist). Man hofft, besonders im Falle des Meiner nach durch Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen, ist aber sonst entschlossen, die für die Allgemeinheit so notwendige Wiederaufnahme der Arbeit auf den Bahnen mit allen verfügbaren Mitteln hastig herbeizuführen.

### Ruhe in Leipzig und in Halle.

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Leipzig, 28. Februar. Die gestern von W. T. O. verbreitete Nachricht des Austritts des bisherigen Vorsitzenden Seeger, des A. und S.-Rats in Leipzig, ist bereits vor einigen Tagen erfolgt und hängt mit dem Generalstreik in keiner Weise zusammen. Er erfolgte, da Seeger als Mitglied der Reichs- und der sächsischen Nationalversammlung und als Vorkämpfer der Stadtverordnetenversammlung mit Arbeit überlastet ist. In Leipzig herrscht vollkommene Ruhe. Alle anderen Meldungen der bürgerlichen Presse sind unwahr. Dasselbe ist in Halle der Fall. Halle ist von der Außenwelt abgeschnitten. Durch die Verbreitung von Meldungen über Unruhen und Ausschreitungen will man den Boden bereiten für die von der Reichsregierung geplante Anwendung von Gewalt.

### Halle abgebrochen.

Die „Bolschewistische Zeitung“ meldet aus Weimar: Halle ist von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, und zwar, wie sich jetzt herausstellt, nicht etwa durch den Streik, sondern durch die Maßnahmen der Reichsregierung, die alle Zufuhren unterbinden und auch den letzten nach Halle rollenden Eisenbahnwagen aufgehalten hat.

### Proteststreik in Königsberg.

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Königsberg (Pr.), 28. Februar. Die Gewerkschaften, die Postarbeiter sowie die Eisenbahner von Königsberg traten am 27. Februar in den Proteststreik wegen der Lebensmittelpenknappheit ein. Der Verkehr ruhte, Zeitungen erschienen nicht. Am Nachmittag drang eine größere Menge in das Polizeipräsidium ein und holte die dort lagernden Waffen des öffentlichen Sicherheitsdienstes heraus. Die von der bürgerlichen Presse berichtete Besetzung des Schlosses ist unwahr. Heute ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, da Zusicherungen auf Mehrverteilung von Lebensmitteln gemacht worden sind.

### Angriff auf einen Eisenbahnzug.

Tessau, 28. Februar. W. T. O. meldet: Laut Anhalter Anzeiger wurde gestern Abend ein mit Spartakisten und etwa 200 Fahrgästen besetzter wilder Zug, als er die Signalzeichen „halt“ überfahren hatte, durch Maschinengewehrfeuer der Thüringer Bahnhofswachung zum halten gezwungen. Dabei wurden eine Frau getötet und acht Zivilisten zum Teil schwer verletzt. Die ganze Spartakistenbesatzung, darunter der Bahnhofskommandant von Halle, ein 19-jähriger junger Mann, wurden verhaftet. Die Spartakisten ließen den Zug auf vielen Stationen halten, um anarchoistische und aufwieglerische Flugblätter zu verbreiten. Im nahen Gddeck wurde

ein polnisches Automobil mit Spartakisten, die die anhaltischen Bergwerksbesitzer zum Streik aufstacheln wollten, angehalten; die Insassen wurden verhaftet.

Selbst diese bürgerliche Darstellung weiß keinen Grund zu melden, weshalb auf einen haltenden Zug Maschinengewehrfeuer eröffnet werden mußte. Über gegenwärtig ist alles gestillt.

### Ein Einigungsantrag in München.

München, 28. Februar.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde ein Antrag eingebracht, der von sämtlichen Gruppen mit Ausnahme der äußersten Linken unterzeichnet ist. Er lautet:

„Der Räte-Kongress erklärt sich mit dem Vorschlag des Zentralrats, wonach

1. der Landtag aus Gründen seiner eigenen Sicherheit in Anbetracht der Volksstimmung vorerst vertagt bleibt,
  2. die Tagung des provisorischen Nationalrates für geschlossen erklärt werde,
- einverstanden. Ueber eine Wiedereinberufung des Landtages entscheidet die revolutionäre Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuss. Die jetzige Tagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte stellt den provisorischen Nationalrat des freien Volksstaates Bayern dar. Doch soll von der nächsten Tagung ab der provisorische Nationalrat aus 210 Mitgliedern bestehen, die von den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in acht Klassen nach dem vom Zentralrat herausgegebenen Richtlinien zu wählen sind.

Der zur Wahrung der Geschäfte zu wählende Aktionsausschuss, dessen Mitglieder jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden können, bildet einen Zentralrat, dessen Mitglieder wiederum dem Aktionsausschuss verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können. Die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern hängt ab von einer großen und schematischen Volksaufklärung. Zu ihrer Durchführung wird ein selbständiges Ministerium für Volksaufklärung geschaffen. Der Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wählt ein neues Ministerium unter Einwirkung eines Bauernführers als Landwirtschaftsminister. Der Aktionsausschuss hat mit dem Ministerrat die Frage der Erneuerung von Staatsfeindlichen zu entscheiden. Das gesamte Ministerium ist dem Zentralrat, beziehungsweise dem provisorischen Nationalrat verantwortlich.“

### Falsche Gerüchte über München.

München, 27. Februar. Aus der Provinz laufen telephonische Anfragen in München ein, ob sich eine aus Berlin kommende Meldung bewahrheitet, daß heute nacht die bayerische Notenbank, sowie Post und Telegraph von Spartakisten besetzt worden seien. Daran ist kein wahres Wort. Alle solche Alarmnachrichten sind mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Wie aus dieser Meldung hervorgeht, werden sehr die Falschmeldungen über München in Berlin erzeugt. Die bürgerliche Presse kann das Lügen nicht lassen.

### Verstaatlichung des Informatenwesens in Bayern.

München, 27. Februar. Im Räte-Kongress ging heute folgender Antrag ein: Der Zentralrat solle eine Kommission einsetzen, welche die Verstaatlichung des Informatenwesens sofort in Angriff nimmt.

### Die Lage in Düsseldorf.

Düsseldorf, 27. Februar. Der Generalstreik, der über Düsseldorf verhängt worden ist, ist nunmehr durch die Bewilligung von 75 v. H. des Arbeitslohnes während des Streiks durch die Arbeitgeber seinem Abschluß nahe.

Inzwischen meldet der „Vorwärts“ aus Bochum: Die Zustände in Düsseldorf haben sich derzeit zugespitzt, daß der Einmarsch der Regierungstruppen befohlen wurde, der dann ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte. Eine auch von den Unabhängigen unterschriebene Erklärung weist darauf hin, daß der Einmarsch der Regierungstruppen lediglich zum Schutze der Bevölkerung und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, erfolgt ist.

haupt. Gegen jede militärische Organisationsform stimmen wir. Aber der Gesetzentwurf der Regierung bietet nicht die geringste Garantie dafür, daß die neue Reichswehr nicht für reaktionäre Zwecke mißbraucht werden könne. Nach den Erfahrungen, die man der Organisation der Truppen, wie sie Herr Noske betreiben läßt, gemacht hat, war es ganz selbstverständlich, daß unsere Genossen gegen ein Gesetz stimmten, das alles Wesentliche der Ausführung der Regierung überläßt.

Wie weit sich die rechtssozialistischen Führer übrigens von dem Empfinden der Arbeiterklasse entfernt haben, dafür gab die Debatte neue Beweise. Es war nichts als ein Geschimpfe auf die streikenden Arbeiter, die von den bösen Unabhängigen so verhetzt seien, daß eben nur militärische Mittel noch übrig blieben. Es sind dieselben Töne und dieselben Redensarten, die früher von den Scharfmachern bei jeder großen Streikbewegung angeklungen worden sind, und man wundert sich höchstens, daß die Rechtssozialisten noch nicht das alte Buchhausgesetz ausgegraben haben und es der Nationalversammlung zur Annahme empfehlen.

Daß die geistige Verfassung mancher rechtssozialistischen Führer kein großes Hindernis mehr bietet, das beweisen ja die Aeußerungen, die sie sich in der Polemik über die Unabhängigen geleistet haben. Herr Noske ging mit der Behauptung treiben, daß Genosse Barth für die Organisation der Revolution russische Gelder empfangen hätte. Und der Mann, der seine Stellung der Revolution verdankt, war förmlich entrüstet, daß die Unabhängigen den „Bürgerkrieg in Deutschland entzündet und den Arbeitern die Pistolen gegeben habe, nur „zu dem Zweck gegen die eigenen Volksgenossen Krieg“ zu führen. Wenn ein konservativer Junker die Revolution als Krieg gegen die eigenen Volksgenossen denunziert, braucht man sich ja darüber nicht zu wundern. Daß Herr Noske aber so bald nach dem 9. November in dieser Weise über die Unabhängigen herfällt, die allerdings sehr im Gegensatz zu seiner Partei die Revolution vorbereitet und durchgeführt haben, ist wirklich ein starkes Stück.

Und es war nur eine Ergänzung, daß Herr Otto Braun dann überhaupt jede Unterstützung einer Revolution verleugnete und behauptete, die deutsche Sozialdemokratie hätte nie die russische Revolution gegen den Zarismus unterstützt, die Gelder seien nur für die Opfer des Zarismus bestimmt gewesen. Zum Glück für den Ruf der deutschen Sozialdemokratie ist das ja nun nicht wahr, aber daß die Rechtssozialisten sogar die revolutionären Sympathien in der Vergangenheit verleugnen, ist denn doch charakteristisch und tief beschämend.

Die Nationalversammlung hat sich mit der Annahme des Wehrgesetzes nicht begnügt, sondern auch gleich in derselben Sitzung das Uebergangsgesetz durchgedrückt. Auch dieses Gesetz bildet eine Gefahr für die revolutionären Errungenschaften. Denn die Nationalversammlung erhält dadurch das Recht, alle Verordnungen und Gesetze, die die Volksbeauftragten auf Grund des Rechtes der Revolution erlassen haben, zu überprüfen und außer Kraft zu setzen. Damit sind auch die wenigen politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt. Denn was man von dieser reaktionären Majorität zu erwarten hat, frucht ja nicht erst gesagt zu werden.







